

FDP Rheinland-Pfalz

Wahlprüfsteine PETA Deutschland e.V.

Stand: 04.03.2026

Kontrollen in Agrarbetrieben

Eine Antwort der Bundesregierung (BT-DS 19/3195) ergab 2018, dass tierhaltende rheinland-pfälzische Agrarbetriebe im Durchschnitt nur alle 15,5 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert werden.

Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre sowie eine entsprechende Personalaufstockung?

Die Freien Demokraten stehen für wirksamen Tierschutz durch risikoorientierte und fachlich sinnvolle Kontrollen statt starrer Kontrollquoten. Entscheidend ist eine zielgerichtete Überwachung auffälliger Betriebe, nicht zusätzliche Bürokratie für verantwortungsvoll wirtschaftende Landwirte. Pauschale jährliche Kontrollen führen nur auf den ersten Blick zu mehr Tierschutz; denn statt effektiver Kontrollen verursacht man hierdurch unnötige Streuverluste.

Tierverbrauch in der Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für studentische Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierverbrauch für die Lehre in rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Die Freien Demokraten unterstützen den verstärkten Einsatz moderner und tierversuchsarmer Lehrmethoden, wo diese wissenschaftlich gleichwertig sind. Gleichzeitig muss die Freiheit von Forschung und Lehre gewahrt bleiben. Ein generelles Verbot lehnen wir daher ab.

Jagd auf Füchse

In Rheinland-Pfalz töten Jäger jedes Jahr rund 25.000 Füchse. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, welches durchweg positiv bewertet wurde.

Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Rheinland-Pfalz nicht mehr flächendeckend bzw. massenhaft getötet werden dürfen?

Die Freien Demokraten erkennen die Bedeutung der Jagd für Arten-, Tierseuchen- und Wildbestandsmanagement an. Entscheidungen über Jagdzeiten sollen weiterhin auf wissenschaftlicher Grundlage und im Dialog mit der Jägerschaft erfolgen.

Ausbildung von Jagdhunden

Die Ausbildung von „Jagdhunden“ an lebenden Füchsen in sogenannten Schliefenanlagen ist mit erheblichem Leid und Stress für die Tiere verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Ausbildung von Hunden an lebenden Füchsen einsetzen?

Die Freien Demokraten setzen auf hohe Tierschutzstandards auch bei der Jagdhundausbildung. Bestehende Verfahren sollen regelmäßig überprüft und tierschutzgerecht weiterentwickelt werden.

Ein vorschnelles, generelles Verbot ohne fachliche Neubewertung unter Einbeziehung aller relevanten Akteure unterstützen wir nicht.

Heimtierhaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Auch Bremen hat die Einführung für Mitte 2026 beschlossen.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter einsetzen?

Die Freien Demokraten setzen auf Aufklärung und freiwillige Sachkunde statt verpflichtender zusätzlicher Nachweise für verantwortungsvolle Tierhalter. Neue pauschale Verpflichtungen lehnen wir ab. Ziel ist verantwortungsvolle Tierhaltung ohne unnötige Bürokratie.

„Exotische“ Gefahrtiere

Zahlreiche Bundesländer wie Hessen und Berlin haben durch ein Gefahrtiergesetz die Privathaltung von gefährlichen exotischen Tieren verboten. In Rheinland-Pfalz dürfen weiterhin Tierarten wie Tiger oder Giftschlangen gehalten werden.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines Gefahrtiergesetzes einsetzen, mit welchem die Anschaffung gefährlicher „exotischer“ Tiere verboten wird?

Die Freien Demokraten befürworten klare Sicherheitsregelungen für die Haltung gefährlicher Tiere. Neue Regelungen müssen jedoch verhältnismäßig sein und sich auf tatsächlich gefährliche Arten konzentrieren.

Katzenschutzverordnung

Niedersachsen hat 2023 ein landesweites Katzenkastrationsgebot für Freigänger-Katzen beschlossen, um die Population von Streunerkatzen einzudämmen. In Rheinland-Pfalz wurden zwar die Kommunen dazu ermächtigt, jedoch setzten dies nur 49 von ihnen um.

Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines landesweiten Kastrationsgebots für Freigänger-Katzen einsetzen?

Die Freien Demokraten setzen auf kommunale Lösungen vor Ort, da die Situation regional sehr unterschiedlich ist. Kommunen sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob ein Kastrationsgebot erforderlich ist. Ein landesweit einheitliches Pflichtmodell berücksichtigt die Lage vor Ort nicht ausreichend.

Wettfischen

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ein Verbot jeglicher Wettfischveranstaltungen wie ´Königsfischen´, ´Pokalangeln´ oder Hegefischen mit Fangplatzierungen im Landesfischereigesetz festgeschrieben wird?

Die Freien Demokraten erkennen die Bedeutung der Angelfischerei für Naturschutz, Gewässerpflege und Ehrenamt an. Bestehende tierschutzrechtliche Regelungen sind ausreichend und müssen rechtssicher angewendet werden.